

Zusätzliche Halle für den Turnverein?

Der Gemeinderat Bettlach diskutierte lang und intensiv über das Anliegen des TV Bettlach für eine zusätzliche Halle.

Oliver Menge

Anfang November erhielt Gemeindepäsidentin Barbara Leibundgut eine Petition des grössten Vereins im Dorf mit der dringenden Bitte, der Gemeinderat möge die Planung und Realisierung einer zusätzlichen Turnhalle zum Wohle der Dorfbevölkerung in Bettlach in Betracht ziehen.

Über 700 Unterschriften kamen zusammen

726 Unterschriften hatte der TV Bettlach gesammelt. Der Vereinsvorstand argumentierte, die beiden bestehenden Hallen in den Schulhäusern Büelen und Einschlag seien sehr stark ausgelastet und es fehle dem TV Bettlach an Trainingsmöglichkeiten, speziell im Winter, wenn die Hallen durch andere Vereine oder aufgrund von Unterhaltungsabenden besetzt seien. Mit nur diesen zwei voll ausgelasteten Hallen habe der Verein ausserdem kein Potenzial mehr, in Zukunft zu wachsen und zeitgemässe Angebote im Dorf anzubieten.

Der heute 407 Mitglieder zählende Verein, davon 130 Kinder und Jugendliche, legte gleich selber eine Kostenschätzung für eine dritte Halle bei. Der Zeitpunkt sei ideal, ein Bauvorhaben zusammen mit der Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Einschlag zu realisieren, weil die Planung dort gestoppt sei. Gemeindepäsidentin Barbara Leibundgut hatte anlässlich der Übergabe von Petitionären erfahren, dass es unter Umständen



Die Turnhalle des Schulhauses Einschlag wird saniert. Der TV Bettlach möchte eine zusätzliche Halle.

Bild: Hanspeter Bärtschi

gar keine voll ausgerüstete Turnhalle bräuchte, sondern nur eine Halle mit grosser Fläche und genügender Höhe, einem gefederten Boden. Eventuell sogar als Kombination mit einer Aula im Einschlag, die aus finanziellen Gründen nicht mit ins Projekt aufgenommen worden war. Allenfalls gebe es Trainingsmöglichkeiten im Kakadu oder einer Industriebühne.

Patrik Gfeller, Gemeinderat der SVP, sagte, er sei froh über die gute Arbeit, welche die Ver-

eine und insbesondere der Turnverein verrichteten. Doch es sei schlicht nicht Aufgabe der Gemeinde, für die Vereine nach Trainingsmöglichkeiten zu suchen. Die Schule habe keinen Bedarf für eine zusätzliche Halle und die Gemeinde stelle den Vereinen schon zwei Turnhallen zur Verfügung. «Ihr müsst andere Möglichkeiten suchen, beispielsweise abklären, ob eine Teilung der Hallen durch eine mobile Folienwand möglich ist. Aber auf Gemeindekosten eine Halle fi-

nanzieren, die es nicht braucht? Nein!»

FDP-Gemeinderat André von Arb legte sich derweil ins Zeug für den Turnverein: Man laufe in Sachen Hallenbelegung schon lange am Limit. Es gebe nur noch ganz wenige Zeitfenster, in denen die Hallen noch frei seien. Dazu käme, dass die Bedürfnisse stets am Wachsen seien, die verschiedenen Abteilungen schon jetzt immer Ausweichzeiten finden müssten und zu ungünstigen Zeiten die Halle be-

legen können. Die FDP-Fraktion stellte den Antrag, dass sowohl die Spezialbaukommission Einschlag als auch die Bau- und Infrastrukturkommission und die Jugend-, Kultur- und Sportkommission die Sache prüfen.

10 Millionen reichen wohl nicht fürs Einschlag

SP-Gemeinderat Mathias Stricker wollte klare Fakten: Was bedeutet das für das Sanierungs- und Neubauprojekt Einschlag? Weil, eine Verzögerung dürfe es

deswegen nicht geben. Gut sei auch, dass andere Möglichkeiten angeschaut würden.

Gabriela Mathys, die als Kommissionspräsidentin der Spezialbaukommission für ein anderes Traktandum anwesend war, wurde gefragt, ob sie abschätzen könne, was das für die Planung bedeute. Man werde zwei Varianten rechnen müssen, was die Kosten in die Höhe treibe. Sie liess auch durchblicken, dass die veranschlagten 10 Millionen für das ganze Projekt nicht reichen werden und man redimensionieren müsse. Die Planungsbüros seien bestimmt, aber die Rechtsmittelfrist laufe noch. Wenn keine Einsprache eingehe, werde man im Januar mit der Planung starten können.

Es sei ihr ein Anliegen, dass die Spezialbaukommission und damit auch die Bildung involviert sei, meinte die Gemeindepäsidentin und versuchte, dem Antrag der FDP noch zusätzlich Gewicht zu verleihen. Dem widersprach Markus Ulrich von der Mitte. Er sei dagegen, die Spezialbaukommission zusätzlich zu belasten.

Der Antrag, auch die Spezialbaukommission mit der Aufgabe zu betrauen, wurde jedoch mit 6 Nein und 3 Ja bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Die Petition wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und die Bau- und Infrastrukturkommission sowie die Jugend-, Kultur- und Sportkommission mit den Abklärungen für eine neue Turnhalle oder anderweitige Trainingsmöglichkeiten beauftragt.

«So ist die Chancengleichheit eine Farce»

Gemeinderat diskutiert die Fremdsprachen-Quote an den Grenchner Schulen.

«Allein seit vergangenem August sind in Grenchen 16 Kinder ohne Deutschkenntnisse zugezogen», erklärte Gesamtschulleiter Hubert Bläsi anlässlich der Behandlung des Pensenantrags für die Grenchner Schulen im kommenden Schuljahr. Darunter sind Kinder, die auch nach mehreren Schuljahren noch kein Deutsch können, wie dem diesjährigen Schulreporting-Bericht zu entnehmen ist (vgl. Ausgabe vom Dienstag). FDP-Fraktionschef Robert Gerber: «Jedes Jahr kostet uns die Schule eine Million mehr, wir sind machtlos, wie es scheint. In einem System gefangen.»

Bereits zuvor, anlässlich der Behandlung des Reporting-Berichtes war die Fremdsprachenquote der Grenchner Schulen das Thema Nummer 1. «Mit einer Klassengrösse von 24 bei so viel Fremdsprachigen sind wir am Limit. Die Klassen müssen verkleinert werden», forderte SP-Fraktionschef Alex Kaufmann.

«Wir sind besorgt», meinte auch FDP-Sprecher Alexander Kohli. Denn die sprachlichen Defizite würden sich spätestens beim Eintritt ins Lehrverhältnis verheerend auswirken. «Umso

wichtiger ist die bei uns etablierte Frühförderung, um solchen Entwicklungen entgegenzuwirken.» Generell müsse die Sprachkompetenz der Bevölkerung gefördert werden.

Das Schulreporting sei ein wichtiges Instrument, um die komplexe Situation der Grenchner Schulen zu verstehen, meinte Kohli weiter. Dem pflichtete Mitte-Fraktionschef Matthias Meier-Moreno bei, der sich auch beunruhigt zeigte über die Entwicklung. Die Zahlen zeigten die Notwendigkeit der Schulsozialarbeit auf.

Trotz allem: Fast alle haben eine Anschlusslösung

Gleichzeitig lobte Meier die bemerkenswerte Integrationsleistung, welche die Grenchner Schulen trotz dieser Rahmenbedingungen erbringen. «Es ist doch erfreulich, dass fast alle Schulabgänger eine Anschlusslösung gefunden haben.»

Richard Aschberger (SVP) machte für die Entwicklung das «Grenchner All-inclusive-Schulprogramm» verantwortlich. Es stehe am Anfang des Problems, doch der Gemeinderat verschliesse die Augen davor und erhöhe einfach laufend den

Stellenetat. «Das Angebot schafft die Nachfrage», ist Aschberger überzeugt. Es würden vor allem Familien zuziehen, welche «keine Nettoszahler» für Grenchen darstellen. «Um diese Ansprüche zu befriedigen, müssen wir jetzt einen mittleren zweistelligen Betrag an Investitionen auslösen», meinte Aschberger, wobei die Raumanprüche vor allem vom Kanton und Bund (d. h. vom Lehrplan 21) kämen.

Für Nicole Hirt (GLP) läuft auf kantonaler Ebene etwas grundsätzlich schief. «Grenchen hat gleich viele Förderlektionen zugute wie Feldbrunnen. So ist die Chancengleichheit eine Farce.» Als Kantonsrätin werde sie sich dafür einsetzen, dass sich dies ändert.

Auch SP-Gemeinderätin und Ex-Kantonsrätin Angela Kummer sprach sich gegenüber dieser Zeitung nach der Gemeinderatssitzung dafür aus, dass Gemeinden mit hohem Fremdsprachenanteil künftig bei den Förderlektionen speziell berücksichtigt werden. Man werde versuchen, im Kantonsrat eine Allianz von Vertretern aus Gemeinden mit ähnlichen Problemen zu bilden.

Andererseits widersprach sie im Rat der Darstellung, die Familien kämen nur wegen der guten Schulen nach Grenchen: «Die Menschen kommen wegen der Arbeit und der günstigen Wohnsituation.» Die Grenchner Schule leiste aber Grosses und fange viele Defizite auf.

Für Peter Brotschi (Mitte) ist die Situation klar: «Grenchen steht auf der Verliererseite der Globalisierung. Die Eidgenossenschaft will die Personenfrei-

zügigkeit und wir zahlen den Preis dafür.» Daniel Hafner (SP) kontierte: «Alle zehn Jahre führen wir dieselbe Diskussion. Zuerst über die Italiener, dann über Menschen aus Sri Lanka, und dem Balkan. Ich bin stolz darauf, dass Grenchen es so gut schafft diese Menschen zu integrieren. Sie betreuten unter anderem drei Jahre lang meinen Vater, der schwer pflegebedürftig war.»

Andreas Toggweiler

Wahlen und Abschied

Personalien Der Gemeinderat hat Angela Kummer (SP) zur Nachfolgerin von Hubert Bläsi als Delegierte der Stadt Grenchen in den Vorstand des Vereins Perspektive Region Solothurn-Grenchen gewählt. Ferner wurde Reto Nardini als Präsident der Stiftung Museum Grenchen bestätigt, nachdem die Museumsgesellschaft Nardini bereits als Nachfolger des zurückgetretenen Lukas Walter gewählt hat. Ihre Demission als Gemeinderätin per Ende Jahr

hat Nicole Hirt (GLP) bekanntgegeben. Hirt wird am 1. März 2022 Gesamtschulleiterin von Grenchen als Nachfolgerin von Hubert Bläsi. Sie wurde 2013 in den Gemeinderat gewählt. Ersatzgemeinderat Patrick Zberg rutscht nach.

Stadtpräsident François Scheidegger blickte in seiner Schlussansprache auf das Politjahr zurück, in welchem der Gemeinderat 117 Geschäfte behandelt hat. Die GRK behandelte 142 Geschäfte. (at.)

Kurzmeldungen

Explosionsursache in Mehrfamilienhaus geklärt

Polizei Spezialisten der Kapo Solothurn konnten die Ursache ermitteln, welche vor eineinhalb Wochen zur Explosion in einer Wohnung eines Mehrfamilienhauses in Grenchen führte: Ein Möbelstück samt Inhalt stand länger neben einem Heizkörper und fing an zu brennen. Das dabei entstehende Rauchgas explodierte und verursachte die Druckwelle, die sogar Fenster aus den Angeln riss. Weiter explodierten mehrere Sprühdosen im Feuer. (om)

Ursus und Nadeschkin zweimal im Parktheater

Kultur I Das Schweizer Komikerduo Ursus und Nadeschkin gastiert zweimal im Parktheater Grenchen: Ihre aktuelle Bühnenproduktion «Der Tanz der Zuckerpflaumenfahre» ist heute Abend und am Freitag jeweils um 20 Uhr programmiert. (mgt)

Michel Gammenthaler ausverkauft

Kultur II Das Kleintheater Grenchen teilt mit, dass der Auftritt des Schweizer Komikers Michel Gammenthaler «Blöff - Comedy und Schwindel» am kommenden Samstag um 20.15 ausverkauft ist. (mgt)

Regierungsrat Remo Ankli krebst in der Causa Blumenhaus zurück

Die vom Verein Blumenhaus Buchegg mit einer Beschwerde belegten Submissionsentscheide werden vom Regierungsrat aufgehoben.

Urs Byland

Gestern Nachmittag kam die für das Blumenhaus erlösende Mitteilung aus dem Solothurner Rathaus. Die beiden Submissionsentscheide, in denen das Blumenhaus leer ausging, und gegen die es Beschwerde ergriff, wird der Regierungsrat neu angehen. Er hebt die entsprechenden Vergabeentscheide auf.

Der Druck war zu gross geworden, nachdem zu dieser Submission und im speziellen zum Entscheid, die Sonderschulung im Blumenhaus abzuwürgen, diverse Vorstösse eingereicht sowie ein Volksauftrag angekündigt worden sind. Mit Sicherheit ist auch noch auf anderen Kanälen Unverständnis zu dieser Submission an den Regierungsrat gelangt, der bald darauf die Reissleine zog und die betroffenen Parteien zu einem runden Tisch einlud, wie er in der Mitteilung formuliert. Nach einem ersten Gespräch letzte Woche ging es plötzlich schnell. Laut Markus Jordi, Präsident Blumenhaus Buchegg, haben die möglichen Auswirkungen des Entscheides für das Blumenhaus beim Regierungsrat ein Umdenken bewirkt. Rasch wurde eine zweite Sitzung auf gestern Morgen anberaumt, an der die betroffenen Parteien – neben dem Blumenhaus gehören auch die Gewinner der Submission der beiden betroffenen Losen dazu, der Verein Kinderheime und Sonderschulen Bachtelen in Grächen und das Zentrum für Kinder mit Sinnes- und Körperbeeinträchtigung in Solothurn – auf die regierungsrätliche Linie gebracht.

Blumenhaus nicht in seiner Existenz gefährden

Remo Ankli schreibt in der Mitteilung: «Im August dieses Jahres hat der Regierungsrat 26 Spezialangebote, sogenannte



Regierungsrat hat rasch reagiert und den umstrittenen Blumenhausentscheid zurückgenommen.

Bild: Hanspeter Bärtschi

Lose, im Sonderschulbereich vergeben. Zwei dieser Lose hebt er nun wieder auf: Das Vergabeverfahren hat aus Sicht des Regierungsrates zu einem – aus regionalpolitischer Sicht – stossenden Resultat geführt.» Ohne Aufträge im Sonderschulbereich sehe sich die für die Region wichtige Institution in ihrer Existenz gefährdet. «So weit will es der Regierungsrat nicht kommen lassen.» Deshalb hebt Ankli die Vergabeentscheide in den Bereichen «Tiefgreifende Entwicklungsstörungen» und «Mehrfachbehinderungen» in der Bedarfsstufe 2 auf.

Sieger sind die Kinder, die Eltern und das Personal

Markus Jordi ist nach diesem aufwühlenden Kampf für seine

Institution zufrieden. «Wir haben das erreicht, was wir wollten. Der Vergabeentscheid wurde rückgängig gemacht.» Es gebe aus seiner Sicht keine Sieger und Verlierer. «Wenn es Sieger gibt, dann die Kinder, deren Eltern und unser Personal.» Das Blumenhaus werde sich in den nun folgenden Gesprächen kooperativ verhalten. «Erste Priorität hat für uns eine gesicherte Betreuung der Kinder.» Für die betroffenen Kinder habe die Aufhebung der Vergaben und die anstehende Verhandlung der Angebote keine Konsequenzen, sagt Remo Ankli. Die Versorgungssicherheit sei gewährleistet. «Sollte sich der aktuelle Zeitrahmen zur Erarbeitung einer nachhaltigen Lösung als zu knapp erweisen, besteht die

Möglichkeit, die bis Sommer 2022 bestehenden Leistungsvereinbarungen zu verlängern.» Jordi ist sich jetzt schon sicher, dass sich auch im Schuljahr 2022/23 die Verhältnisse wie bis anhin weiterentwickeln. «Wir werden innerhalb der drei Institutionen und zusammen mit dem Volksschulamt einen Zuteilungsmechanismus ausarbeiten – zum Wohl der Kinder.»

«Es macht keinen Sinn, Beschwerde einzulegen»

Die beiden vermeintlichen Gewinner der Submission in den beiden betroffenen Losen werden den Regierungsratsentscheid mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht anfechten. «Wir können das Vorgehen des Regierungsrates nachvollzie-

hen», erklärt Bachtelen-Gesamtleiter Gustav Keune. «Wir sind aber auch der Meinung, dass das Urteil der Jury in der Submission richtig war. Wir können auf eine lange Erfahrung in diesem Bereich zurückschauen.» Er sei aber daran interessiert, zusammen mit den anderen Institutionen eine gute Lösung zu finden. «Im Sinne des Wohlergehens für die Schülerinnen und Schüler.»

Auch Ruedi Bieri, Präsident des Verwaltungsrates im Zentrum für Kinder mit Sinnes- und Körperbeeinträchtigung, winkt ab. «Es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, gegen den Entscheid Beschwerde einzulegen.» Diese seine Meinung müsse er aber noch im Verwaltungsrat diskutieren.

Wie weiter mit Interpellation und Volksauftrag

Mit der Aufhebung der beiden Vergabeentscheide werden die entsprechenden Beschwerden des Blumenhauses vor Verwaltungsgericht hinfällig.

Teilweise hinfällig werden auch die dringliche Interpellation und der dringliche Auftrag von Kantonsrat Philipp Heri, Gemeindepräsident von Gerlafingen. In einer ersten Einschätzung erklärt Heri, dass mit dem Entscheid des Regierungsrates die Submission in den beiden Losen rückabgewickelt worden sei. «Das ist ein Erfolg.» Aber die Diskrepanz zwischen dem Volksschulgesetz, das eine Submission ermöglicht, während die Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen Aufträge an Behinderteninstitutionen, Wohltätigkeitseinrichtungen und Strafanstalten ausdrücklich von einem Submissionszwang ausnimmt, diese Diskrepanz will er aufheben. Das bedeute, dass er die dringliche Interpellation wahrscheinlich nicht zurückziehen werde.

Die SVP Bucheggberg-Wasseramt schreibt in einer Mitteilung von einem ersten Erfolg für den dringlichen Volksauftrag zur Rettung des Blumenhauses Buchegg. «Der Druck des Volkes wirkt.» Der bereits von 300 Personen unterschriebene Volksauftrag werde nicht beiseite gelegt. Der Druck auf die Bildungsbürokratie müsse aufrechterhalten bleiben. Die Unterschriftssammlung werde deshalb in diesen Tagen abgeschlossen und der Beglaubigungsprozess sei bereits im Gang. «Wir werden uns nicht mit Wischi-Waschi-Lösungen zufriedengeben», erklärt Erstunterzeichner Rémy Wyssmann. (uby)

Steuersenkung für vier Jahre

Lohn-Ammannsegg An der Gemeindeversammlung wurde das Budget für das kommende Jahr genehmigt. Es basiert auf einem Steuerfuss von 97 Prozent für die natürlichen Personen. Das heisst konkret, dass die Steuern um drei Punkte gesenkt werden. Bei einem Gesamtaufwand von 12,763 Mio. Franken und einem Gesamtertrag von 13,334 Mio. Franken resultiert ein Ertragsüberschuss von 570 356 Mio. Franken. Netto sollen im kommenden Jahr 1,718 Mio. Franken investiert werden.

Gemeindepräsident Markus Sieber zeigte auf, dass die Steuersenkung für vier Jahre geplant ist. Ab 2026 soll wieder ein Steuerfuss von 100 Punkten gelten. Die Gemeinde könne von der Auflösung der Neubewertungsreserve profitieren, die für

2022 887 835 Franken in die Kasse spült. «Dieser Betrag ist rein buchhalterisch. Es fliesst kein Geld», so Sieber. Kurz ging er zudem auf die Position Bildung ein, die für 2022 einen Mehraufwand von 217 283 Franken vorsieht. Dies ergibt sich vor allem aus den höheren Personalkosten in der Gemeindeschule. Ähnlich verhält es sich beim Bereich Verkehr. Im Werkhof wird eine neue Stelle geschaffen, was Auswirkungen auf das Budget hat.

Verschuldung nimmt bis 2026 zu

An der Gemeindeversammlung wurde zudem der Finanzplan bis ins Jahr 2026 präsentiert. Die Investitionen in die Schulbauten und in den Bahnhof Lohn-Lüterkofen sind darin enthalten. Der

Finanzplan zeigt auf, dass die Verschuldung der Gemeinde in dieser Zeit zwar zunimmt, aber trotzdem Eigenkapital aufgebaut werden kann.

An der Gemeindeversammlung wurde weiter dem neuen Vertrag für die Kreisschule mit Biberist zugestimmt. Auch das neue Feuerwehreglement und das Baureglement wurden genehmigt. Letzteres soll aber schon baldmöglichst mit einem weiteren Paragrafen ergänzt werden, in dem es um energetische Massnahmen geht. Diesem Antrag stimmte eine Mehrheit der 91 anwesenden Stimmberechtigten zu.

Zugestimmt wurde auch der Sanierung der Mühlebühlstrasse und der Sanierung der Wasserleitung eines Teilstückes in der Paradiesstrasse. (rm)

Aufwandüberschuss im Budget von Lüterkofen-Ichertswil

Keine grossen Investitionen, ein beinahe ausgeglichenes Budget und deshalb kaum Diskussionen: Die Gemeindeversammlung in Lüterkofen-Ichertswil verlief harmonisch. Die 28 anwesenden Stimmberechtigten genehmigten alle Anträge.

Das Budget 2022 sieht einen Gesamtaufwand von 4,748 Mio, einen Gesamtertrag von 4,7 Mio. und einen Aufwandüberschuss von 47 490 Franken vor. Der Steuerfuss bleibt wie bisher bei 115 Punkten für die natürlichen Personen und bei 85 für die juristischen Personen. Gesamthaft wird mit einem Steuerertrag von 3,112 Mio. Franken gerechnet. Seit 2015 ist die Bevölkerung von 765 Personen auf neu rund 900 Einwohnerinnen und Einwohner angewachsen. Das gebe Mehreinnahmen, aber auch Mehrausgaben, wie



Die Mehrzweckhalle braucht eine neue Heizung. Bild: H. Bärtschi

Gemeindepräsident Roger Siegenthaler bemerkte. Spürbar ist das in Lüterkofen-Ichertswil vor allem im Bereich Soziale Sicherheit. Die Kostensteigerung beträgt acht Prozent. 680 541 Franken wurden 2020 ausgegeben, das Budget 2022 rechnet mit 760 000 Franken. Im Be-

reich Bildung ist eine Steigerung von neun Prozent ausgewiesen. 2020 wurden 1,284 Mio. Franken ausgegeben, 2022 sind 1,579 Mio. vorgesehen.

Im kommenden Jahr sollen netto 628 000 Franken investiert werden. Die grössten Brocken sind dabei der Ersatz der Heizung in der Mehrzweckhalle für 120 000 Franken; die Zweiteinspeisung im Reservoir Buchenweg von 185 000 Franken und die Entflechtung der Elektrizität Grossmatt West (150 000 Franken). Der Finanzierungsfehlbetrag wird mit 384 855 Franken ausgewiesen; die Abschreibungen belaufen sich auf 292 610 Franken.

Max Meier und Lis Stüdeli traten bei der Gemeinderatswahl nicht mehr an und wurden an der Gemeindeversammlung verabschiedet. (rm/mgt)